

Rede des CDU Fraktionsvorsitzenden Andre Laigre zum Haushalt 2024

20. Dezember 2023 – Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bernsmann, lieber Jürgen,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in herausfordernden Zeiten, eine Krise folgt der anderen. Hier seien die Corona Pandemie, Energiekrise und nun seit mehr als 1,5 Jahren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine genannt. Als einziges Industrieland befinden wir uns in einer Rezession. All dies wirkt sich erheblich auf die kommunalen Finanzen in Rhede aus.

Vielerorts, so auch in Rhede sind die gestiegenen Kosten das größte Problem. Hohe Tarifabschlüsse für die kommunalen Beschäftigten und dauerhafte Mehrausgaben für Integration und Unterbringung von Asylsuchenden sind dabei nur zwei Gründe. Aber auch die gestiegenen Energie- und Baukosten bei der Vielzahl an Projekten belasten den städtischen Haushalt. Weitere Belastungen bilden die Kreis- und Jugendamtsumlage inkl. der Kosten für den Landschaftsverband Westfalen Lippe.

Zusätzlich wird der kommunale Haushalt durch die Politik der Bundesregierung belastet. Das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ spielt bei der Ampel offensichtlich keine Rolle, vielmehr wird nach dem Prinzip gehandelt. „Wer die Vorgaben umsetzen muss, bleibt auch noch auf den Kosten sitzen“. Länder und Kommunen sollen die Politik der Bundesregierung bezahlen. In den meisten Fällen trifft es jedoch die Kommunen.

Die wirtschaftliche Lage ist sehr angespannt, sinkende Steuereinnahmen sind zu erwarten. Die vielerorts schwierige Haushaltslage, auch hier in Rhede, lässt es nicht zu, die zusätzlichen Kosten der Ampel auf die Städte und Gemeinden abzuwälzen. Die Konjunkturpolitik des Bundes führt die Kommunen in eine finanzielle Notlage.

Am Beispiel der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten zeigt sich eindrucksvoll, wie die Bundesregierung die Kommunen im Stich lässt. Es werden keine Maßnahmen ergriffen, die irreguläre Migration zu beenden. Zusätzlich weigert man sich, die finanziellen Folgen für die Städte und Gemeinden zu lösen und stattet diese mit zu geringen finanziellen Mitteln aus.

Pro Geflüchteten benötigt eine Kommune ca. 20.000 Euro im Jahr – der Bund stellt gerade einmal 7.500 Euro zur Verfügung. Es ist absolut unverständlich, dass die Bundesregierung nicht für die Kosten in voller Höhe eintritt.

In diesen Tagen wird auch die schwierige Situation zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten in Rhede deutlich. Klar ist, wir werden unserer humanitären Verantwortung gerecht. Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen sind in Rhede willkommen, und wir werden uns um diese Menschen kümmern. Dennoch sei gesagt, dass in Rhede mit aktuell über 400 Personen die Belastungsgrenze erreicht ist. Das Signal muss wiederholt mit Nachdruck an Berlin gesendet werden, um längerfristig eine Reduzierung der Zuweisungszahlen zu erreichen. Als Stadt haben wir keinen Einfluss auf die Zuweisungen und sind angehalten, den Menschen Unterkünfte und einen Schlafplatz anzubieten. Damit mittelfristig nicht weitere Sporthallen geschlossen werden müssen, ist es erforderlich, weitere Unterkünfte auf dem Stadtgebiet zu bauen, da leider aktuell keine wirksame Begrenzung und eine Reduzierung der Zuweisungszahlen in Sicht ist. Ich denke ich spreche für alle, dass wir es uns in den letzten Wochen nicht leicht gemacht haben mit der Standortauswahl. Gleichwohl erscheint uns durch die heutigen Beschlüsse eine weitere Dezentralisierung bei der Unterbringung auf dem Stadtgebiet gelungen zu sein. Gemeinsam als Rhede schaffen wir auch diese Herausforderung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der diesjährige Haushalt weist ein Defizit von 6,2 Mio. Euro aus. Dies macht deutlich, dass es so gut wie keine politischen Spielräume mehr gibt. Daher haben wir auch keine Anträge in dieser Haushaltsberatung gestellt. Man muss feststellen, dass auf der Aufgabenseite viele Maßnahmen und Investitionen stehen, die zwingend erforderlich sind. Diese sind zum Teil bereits durch politische Beschlüsse gefestigt. Dennoch muss sich Verwaltung und Politik immer wieder selbst hinterfragen, ob die Beschlüsse, aufgrund der sich veränderten finanziellen Lage noch leistbar sind. Nehmen wir das Beispiel der Feuerwehrgerätehäuser. Vor genau einem Jahr hat der Rat einen Grundsatzbeschluss für zwei neue Standorte und Häuser getroffen. In den letzten Wochen hat auf Anregung unserer Fraktion sich der Ältestenrat nochmals der Thematik gestellt und hinterfragt, ob es nicht doch noch Alternativen gibt. Dies scheint mit Blick auf die Ausrückzeiten nicht der Fall zu sein. Dieses Beispiel zeigt, wie verantwortungsvoll wir mit den finanziellen Mitteln umgehen.

Die vielen großen Investitionen werden den städtischen Haushalt auch in den nächsten Jahren belasten. Hier sind die gestiegenen Baukosten, aber auch die gestiegenen Zinsen zur Finanzierung genannt. Dennoch werden wir diese Investitionen wie z.B. Neubau der Overberg Grundschule und den Neubau von zwei Feuerwehrgerätehäusern, aber auch die Erneuerung unserer Wirtschaftswege weiterhin voll unterstützen, da wir diese für zwingend erforderlich halten. Hoffentlich können wir die größte Maßnahme der letzten Jahre, den Umbau der Gesamtschule, Ende kommenden Jahres abschließen. Dies schafft dann auch die dringend benötigten Kapazitäten, damit neue Baumaßnahmen insbesondere der Neubau der Overbergschule schnellstmöglich realisiert werden. Dies ist nicht nur für die Lehrerinnen und Lehrer sowie kommende Schülergenerationen wichtig, sondern gibt auch durch den Neubau einer Mehrfachhalle dringend benötigten Spielraum für die hiesigen Sportvereine.

Auf der heutigen Tagesordnung steht auch die Beschlussfassung zur Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes. Wer die Beratungen im Bauausschuss verfolgt hat, dürfte überrascht sein. Am vorgestellten Entwurf wurde kein gutes Haar durch den Fraktionsvorsitzenden der Grünen gelassen. Dieser sei zu oberflächlich und nicht ambitioniert genug. Einen solchen Eindruck darf man gerne haben, dann muss man aber auch der Aufforderung nachkommen und Änderungsvorschläge einreichen. Leider kam keine einzige Anregung! Man kann hier Arbeitsverweigerung attestieren! In der darauffolgenden Sitzung wurden einige Änderungen zum bisherigen Konzeptentwurf präsentiert, die durch die Grünen begrüßt wurden. Es sei gesagt, dass diese Eingaben durch die CDU-Fraktion erfolgten. Das verstehen wir unter konstruktive Beteiligung. Darüber hinaus gab es keine weiteren Vorschläge aus der Politik.

Der Klimawandel ist neben den von mir eingangs aufgezählter Krisen sicherlich auch eine weitere Krise oder besser gesagt Herausforderung. Der Umgang damit wird eine Daueraufgabe. Dieser Aufgabe stellen wir uns auch als Fraktion in Rhede. Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass wir in Deutschland und somit auch in Rhede die Welt nicht allein retten können. Daher gilt es die politischen Entscheidungen mit Augenmaß zu treffen und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft nicht unnötig zu belasten. Ein Beispiel hierfür ist die im Oktober beschlossene Leitlinie zur Berücksichtigung von Aspekten des Klima- und Umweltschutzes bei der Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten. Diese findet ihren

Ursprung in einem gemeinsamen Workshop von CDU und FDP und zeigt, wie verantwortungsvolle Klimapolitik vor Ort gemacht wird.

Bleiben wir noch kurz im Ausschuss BPUA. Auch in diesem Jahr haben wir viel über die Rheder Innenstadt gesprochen. Sicherlich sind die Leerstände die größte Herausforderung im Stadtkern. Hier muss unser gemeinsames Ziel von Verwaltung, Politik und Eigentümer der Immobilien sein, diesen Leerständen entgegenzutreten und somit einen wichtigen Baustein zur Attraktivität der Innenstadt und Versorgung der Bevölkerung zu leisten. Blicken wir Richtung Gudula Kirche, genauer gesagt dem Kirchplatz/ Kirchstraße. Eine mögliche Umgestaltung ist geplant. Hier greifen Stadtentwicklungs- und Mobilitätskonzept ineinander. Und somit ist es folgerichtig, dass Politik und Verwaltung sich alle Möglichkeiten offenhält und heute die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rhede B9“ beschließt. Deswegen werden noch keine Fakten geschaffen! Alles andere würde man uns sonst berechtigterweise im Rahmen der weiteren Stadtentwicklung vorwerfen. Es ist schade, dass eine Fraktion ausschert, entgegen politischen Beschlüssen und Zusage ihres Fraktionsvorsitzenden.

Gerne möchte ich auch auf die letzte SBSA-Sitzung eingehen, hier insbesondere auf die Ausweitung der Stellen im Bereich Schulsozialarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit, sowie die pädagogische Leitung im Jugendwerk. Dieser Punkt kam sehr überraschend, war doch nur wenige Wochen zuvor der neue Haushalt inkl. Stellenplan zur politischen Beratung vorgelegt worden. Dieser beinhaltete bereits einen Zuwachs von 4,28 Stellenanteilen, zusätzlich sollten nun nochmals weitere 1,5 Stellen folgen.

Die zusätzlichen Stellen im Bereich Schulsozialarbeit und Kinder- und Jugendarbeit können wir mittragen und haben diesen auch in der Sitzung zugestimmt. Die Stellenerweiterung an der Gesa ist infolge der gestiegenen Schülerzahlen und Anforderungen wichtig und richtig. Der Time Treff in Vardingholt soll auch nach dem Rückzug der katholischen Kirche geöffnet bleiben.

Einen 0,5 Stellenzuwachs für die pädagogische Leitung im Jugendwerk sehen wir sehr kritisch. Wenn dieser Anteil zwingend erforderlich ist, stellt sich die Frage, warum wurde dieser nicht schon in dem Entwurf des Haushaltplans berücksichtigt? Warum wird in der Beschlussvorlage 0,5 Stellenanteil gefordert und in der Sitzung reichen dann 0,3 Stellenanteile? Seitens der Verwaltung wird geschrieben, dass angesichts eines Defizits im Haushaltsentwurf 2024 von

mehr als 6 Mio. € eine weitere mittel- bis langfristige Steigerung von allgemeinen sozialen Transferaufwendungen sehr kritisch gesehen wird. - Dieser Meinung schließen wir uns an! Das sollte dann auch so praktiziert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun gilt es nach den Beratungen der letzten Wochen den Haushaltentwurf 2024 formal zu beschließen. Die Aufstellung ist jedes Jahr eine Herausforderung und angesichts der angespannten Finanzlage sicher keine einfache. An dieser Stelle möchte ich mich bei dem Kämmerer, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die zur Erstellung des Haushaltsplans beigetragen haben. Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltentwurf 2024 zustimmen!

Abschließend möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern, den Kolleginnen und Kollegen im Rat, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute, insbesondere Gesundheit für das kommende Jahr 2024 wünschen.